

Der Bürgermeister geht kurz auf die umfangreiche Vorlage ein. Es sei bekannt, dass Investitionen im Schulbereich immer 1. Priorität hätten. Mit Hilfe des Leasing-Modells sei man aber nicht in der Lage, alle erforderlichen Maßnahmen für alle Schulen zu realisieren. Man habe bereits öfter alternative Finanzierungsmodelle geprüft und sei bisher immer zu dem Schluss gekommen, dass die kommunalen Lösungen besser seien. Bedenken äußert er z.B. wegen der sehr langen Leasing-Laufzeiten. Zwar sei auch die Schulpauschale vom Grundsatz her zu befürworten, jedoch werde diese bereits 2003 gesenkt. Die Entwicklung sei in diesem Punkt auch noch nicht abzusehen. Alles in allem gelange er zu dem Schluss, zunächst alles so zu belassen, wie es ist.

Frau Zimmermann geht kurz auf den Antrag ein. So hätten sich bereits mehrere Kommunen mit der Problematik auseinandergesetzt. Da die Haushaltslage im allgemeinen sehr schwierig sei, wolle man den Antrag heute zurückziehen. Es wäre aber wünschenswert, wenn man die Sache grundsätzlich nicht aus dem Auge verliert.

Frau Deitenbach hält die Schulpauschale nach wie vor auf Dauer für das bessere Instrument. Der in der Vorlage dargelegte Vorschlag, eine jährliche Prioritätenliste aufzustellen, hält sie vom Grundsatz her für falsch. Ihrer Meinung nach sei eine feste Planung sinnvoller. Ebenso ist sie nicht der Meinung, dass die Gemeinde zusätzliche Mittel aufbringen müsse, sondern eher „alternative“. Bei der Cross-Border-Entscheidung habe man sich nicht so schwer getan, obwohl diese weitaus weitreichender gewesen sei. Ihrer Meinung nach solle man nicht mittel- oder langfristig das Problem angehen, sondern bereits jetzt bei potentiellen Anbietern konkretere Bedingungen erfragen.

Herr Schmidt hält die Schulpauschale nicht für eine seriöse Basis, da sie bereits von 2002 auf 2003 sinke. Im übrigen sei sie zunächst bis 2005 befristet. Unter Berücksichtigung der Liste über die erforderlichen Instandsetzungsmaßnahmen sieht er zur Zeit keine Möglichkeit der Großfinanzierung über ein langfristiges Leasing-Geschäft.

Herr Bösking erklärt, dass gem. einer Aussage des Innenministers NW auf einer Fachtagung die Schulpauschale in jedem Falle erhalten bleibt. Man habe jedoch zunächst mittelfristig nicht über 2005 hinaus geplant. Er fügt hinzu, dass Investoren bei einem solchen Finanzierungsmodell schon deshalb verbilligt arbeiten, weil sie im Gegensatz zur Gemeinde die Mehrwertsteuer sparen.

Herr Strack erklärt, dass man in der Sache am Ball bleibe und zu gegebener Zeit rechnen werde. Er weist darauf hin, dass es sowohl hinsichtlich Anbieter als auch der Systeme Unterschiede gebe. Es komme aber immer zu langen Leasing-Laufzeiten von mindestens 15 Jahren. Nach dem jetzigen Kenntnisstand sei eine langfristige Refinanzierung aber nicht gesichert.

Der Bürgermeister fasst noch einmal kurz zusammen. Der Vorteil der Schulpauschale liege vor allem darin, dass die Verantwortung beim Rat liege. Aber nach wie vor sei sie langfristig nicht gesichert. So habe es vor Jahren eine Krankenhausumlage gegeben, die wieder gestrichen wurde und nun wieder eingeführt werden solle. Dieses Beispiel verdeutliche, dass man mit einer langfristigen Konstanz nicht immer rechnen könne. Zwar spare der mögliche Investor die Mehrwertsteuer, werde dafür aber auf anderer Ebene seinen Gewinne erzielen. Der Vergleich mit Cross-Border hänge, da man beide Modelle nicht miteinander vergleichen könne. Bei Cross-Border nutze man Steuervorteile und sichere sich Einnahmen, beim Leasing-Modell für die Schulen binde man sich hingegen an langfristige Ausgaben.

Gegen Ende der Aussprache spricht Herr Bösking das Modell „Sail -and-lease-back“ an. Herr Strack erklärt, dass dieses Modell in der Regel nur bei Großstädten i.d.R. bei Verkehrsbetrieben zum Tragen komme. Der Bürgermeister ergänzt, dass es sich hierbei um eines von vielen Modellen handelt, die u.a. deshalb entstanden sind, weil den Kommunen das Wasser bis zum Hals steht.

